

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro biergehaltene Beilagen 60 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Bekannt-
machungsanzeigen 20 Pf. Beilags-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 34.

Berlin, den 22. August 1915.

31. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 34. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Auch die freiwilligen Extrabeiträge dürfen nicht vergessen werden. Wir appellieren erneut an die Opferwilligkeit der Mitglieder, durch Entnahme von Extramarkten unsere Organisation, die während des Krieges große Opfer gebracht hat, wieder zu stärken.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Eine Trennung des Gauvorstandes für die Gaue 11 und 13 von der örtlichen Verwaltung in Frankfurt a. M.-Offenbach ist durch die zeitweilig nebenamtliche Verwaltung der Zahlstelle notwendig geworden.

Die Adresse des Gauvorstandes ist für die Folge: H. Hirsch, Frankfurt a. M., Offenbacher Landstraße 130.

Die Adresse der örtlichen Verwaltung in Frankfurt a. M. bleibt unverändert.

2. Die Kundin „Arbeitsmarkt“ bringen wir hiermit in empfehlende Erinnerung. Um freie Stellen möglichst den Verbandsmitgliedern zugänglich zu machen, ist es notwendig, daß solche auch ohne besondere Bestellung durch die Bevollmächtigten jede Woche bis Dienstag früh an die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ gemeldet werden. Die Veröffentlichung erfolgt kostenfrei. Der Verbandsvorstand.

Wie wird die Lage unseres Gewerbes nach dem Kriege sein?

I.

Es ist eine wichtige, aber auch sehr schwer zu beantwortende Frage, wie sich die Lage unseres Gewerbes nach dem Kriege gestalten wird. Wichtig ist sie schon deshalb auch für uns als Gewerkschaftler, weil wir nicht nach dem Grundsatz handeln dürfen: Sorgen nicht für den morgigen Tag, denn es ist genug, daß ein jeglicher Tag seine eigene Plage habe, sondern wir müssen heutzutage Vorsorge für diejenigen Verhältnisse treffen, wie sie sich nach dem Kriege voraussichtlich entwickeln werden, um ihnen nicht unvorbereitet gegenüberzutreten.

Allerdings ist es ein gewagtes Unternehmen, den Schleier der Zukunft lüften und das Voraussehen zu wagen, was nach diesem fürchterlichen Völkerringen kommen wird, weil man niemals mit Sicherheit bestimmen kann, ob der augenblickliche Stand der Dinge zutreffende Schlüsse auf die Zukunft ziehen läßt.

Für jeden Einsichtigen ist es klar, daß der Ausgang des Krieges für die industriell entwickeltesten Länder von viel höherer Bedeutung ist als für die agrarischen Länder, weil die ersteren in höherem Grade als die letzteren auf die Ausfuhr ihrer Fabrikate und die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen sind. Die Ausfuhr wird aber von günstigen Handels-

verträgen bestimmt und diese sind wiederum abhängig von den politischen Machtverhältnissen beim Friedensschluß. Denn dasjenige Land wird die günstigsten Handelsverträge zu erlangen imstande sein, das beim Friedensschluß dem Gegner oder den Gegnern die zuträglichsten Konzessionen aufzuzwingen vermag. Wie lange die Friedensbedingungen auf die handelspolitischen Beziehungen der vertragstschließenden Länder einzuwirken vermögen und wie sehr sie eine Benachteiligung des siegenden Landes verhindern, mag die Tatsache illustrieren, daß die Handelsbeziehungen Deutschlands mit Frankreich im wesentlichen noch auf dem Frankfurter Friedensschluß von 1871 basieren, der einen Meistbegünstigungsvertrag zwischen beiden Ländern in sich schloß; d. h. irgendein zollpolitischer Vorteil, der einem anderen Lande von Frankreich oder Deutschland gewährt wurde, mußte auch automatisch Deutschland bzw. Frankreich zugute kommen. Derartige Friedensbedingungen haben aber selbstverständlich bei dem gegenwärtigen Kriege noch eine ganz andere Bedeutung als 1871, weil es sich damals nur um zwei Länder handelte, während in diesem Krieg alle Großmächte verwickelt sind. Davon sind auch alle kriegführenden Parteien überzeugt, wie aus den Erörterungen in der Presse des In- und Auslandes hervorgeht, die von zollpolitischen Vorschlägen wimmeln. Unter anderem hat ein französischer Professor der Nationalökonomie den grössten Vorschlag gemacht, den deutschen Auslands-handel nicht nur dadurch lahmzulegen, indem die jetzt mit Deutschland im Kriege befindlichen Länder der deutschen Einfuhr die größten Erschwernisse bereiten, sondern auch weiter dadurch, daß die neutralen Länder, die mit Deutschland Handel treiben und diesem nicht entzogen oder ihm nicht die gleichen Hindernisse bereiten wollen, zollpolitisch ungünstiger behandelt werden sollen. Nun wird ja nicht jede Suppe so heiß gegessen als sie gekocht wird, nichtsdestoweniger beweisen derartige Vorschläge aber, welche Rolle zollpolitische Fragen bei den kriegerischen Auseinandersetzungen spielen. Verschweigen wollen wir auch keineswegs, daß einflußreiche Interessentkreise in Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich um einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß dieser beiden Mächte bemühen und auch eine wirtschaftliche Angliederung der Balkanstaaten mit Einschluß der Türkei erstreben.

Von den Zusammenhängen der internationalen Handelsbeziehungen mit dem nationalen Wirtschaftsleben haben leider die Arbeiter durchweg recht wenig Verständnis, was entschuldigbar und begreiflich ist, das sicherlich aber dadurch nicht gefördert wird, wenn man ihnen das Ringen um den Weltmarkt lediglich als reines Profitinteresse der Kapitalisten — das natürlich dabei auch eine große Rolle spielt — hinstellt oder mit dem tönenden Wort „Imperialismus“ zu erklären sucht, wobei die Anwender dieses so beliebten und so oft falsch angewandten Schlagwortes untereinander die widersprechendsten Begriffe damit verbinden. Tatsache ist jedoch, daß die deutsche Arbeiterklasse im allgemeinen und unsere Kollegenchaft im besonderen an den Vorgängen und dem Austausch auf dem Weltmarkt das größte Interesse hat und man ihr sicherlich keinen Dienst erweist, wenn man ihr diese Erkenntnisse durch Schlagworte zu verarmeln sucht. Deutschland hatte 1913 eine Einfuhr von 11 017 Millionen Mark und eine Ausfuhr von 11 127

Millionen Mark. An der Ausfuhr nahmen das graphische Gewerbe und die Papierwarenindustrie in folgender Weise Anteil:

Bücher, auch Gesang- und Gebetsbücher	60 418 000 Mk.
Kalender, ohne Vlod-, Schreib- und dergleichen Kalender	360 000 „
Tüten,beutel, Säcke, Faltbeutel, Falt-schachteln usw.	2 706 000 „
Lampenschirme, Laternen, Blumen usw.	2 959 000 „
Geschäftsbücher und Notizbücher	2 697 000 „
Einbanddecken, Mappen, Atropen und Etuis	1 598 000 „
Albums (Sammelbücher)	1 435 000 „
Schreibhefte, Preisverzeichnisse und Ähnliches	7 973 000 „
Diverse Papierwaren: u. a. Zigarren-spitzen, Kellamplakate, Papier-wäsche, Briefpapier, Briefumschläge, Briefbehältnisse	10 526 000 „
Ein- und mehrfarbige Ansichtskarten	15 490 000 „
Diverse Luxuspapierwaren	23 847 000 „

Das sind so beträchtliche Warenposten, daß deren Wegfall aus der nationalen Produktion die Lage des Gewerbes und des Arbeitsmarktes tief herniederdrücken würden. Gewiß geht ein großer Teil dieser Waren nach befreundeten und neutralen Ländern. Beispielsweise hat Deutschland nach Oesterreich-Ungarn im Jahre 1912 für 47,8 Millionen Mark Erzeugnisse der Papierverarbeitung ausgeführt, dagegen Oesterreich nach Deutschland nur für 10,45 Millionen Mark. Nach der amtlichen österreichischen Statistik betrug die Gesamteinfuhr an Papier (Rohpapier) und Papierwaren im Jahre 1912 insgesamt 40 Millionen Kronen, davon aus Deutschland allein für 32 Millionen Kronen. Von der Gesamteinfuhr von literarischen und Kunstgegenständen von 62 Millionen Mark entfielen auf Deutschland allein 50 Millionen Kronen. Aber das ist nur ein bedingter Trost, denn unterliegt Oesterreich-Ungarn in diesem Kriege, verliert es seinen einzigen Hafen Triest, dann verdrohnet sein Handel mit dem Balkan, Asien und Nordafrika und seine Bezüge aus Deutschland werden gewaltig zurückgehen.

Die Sorge um den zukünftigen Absatzmarkt für unser Gewerbe kommt auch lebhaft in einem gleichlautenden Artikel im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ und in der „Solidarität“ des graphischen Hilfsarbeiterverbandes zum Ausdruck. Er führt den Titel: „Gefahren für das graphische Gewerbe Deutschlands“ und weist darauf hin, wie bei längerer Dauer des Krieges die Aussichten für die Zukunft um so bedenklicher werden: „Bei einer baldigen Beendigung des Krieges könnte man darauf rechnen, daß die Abnehmer im Auslande wieder wie früher die deutschen Fabrikate kaufen würden. Diese Aussicht schwindet aber, je länger das Völkerringen dauert. Denn die ausländischen Abnehmer, die jetzt die deutschen Waren nicht erhalten können, werden sich natürlich nach anderen Bezugsquellen umsehen, weil sie ja nicht darauf warten wollen oder können, bis der Krieg beendet ist.“ Es wird dann auf die schon seit vielen Jahren vorhandenen Maßnahmen der Vereinigten Staaten Nordamerikas hingewiesen, durch Hochschutzzölle sich von der graphischen Industrie Deutschlands unabhängig zu machen, und auf ihre jetzigen Anstrengungen, den südamerikanischen Markt der deutschen Export-industrie abzugewinnen. Von anderer Seite ist dem-

gegenüber betont worden, daß diese Absichten bisher nur in sehr geringem Maße hätten verwirklicht werden können, weil die Kaufkraft der südamerikanischen Staaten durch den Ausfall der Ausfuhr von Agrarprodukten: Vieh, Fleisch, Mais, Weizen usw. nach Deutschland sehr zurückgegangen sei. Weiter nimmt der Artikel auf den bedeutenden Ausfall der Ausfuhr graphischer Erzeugnisse nach Rußland, England und dessen Kolonien Bezug. Für die englischen Kolonien arbeitete auch in erheblichem Maße unsere Kurzarbeiterindustrie. Und zwar ging der Export über den Platz London, wo die Waren eine Umpackung erfuhren und dann als englisches Fabrikat bezeichnet wurden.

Gewiß sind alle diese Bedenken für die Zukunft unseres Gewerbes durchaus ernst zu nehmen, allein allzu schwarz braucht man auch nicht zu sehen, da die Verdrängung einer eingearbeiteten Exportindustrie nicht so leicht ist, weil Geschmad, Fähigkeit zu neuen Konstruktionsarbeiten, eingetragene Arbeiterkraft, kaufmännisches Organisationstalent nicht im Handumdrehen nachgeholt werden können und die englischen Hoffnungen auf Eroberung des deutschen Auslandsmarktes bisher bittere Enttäuschungen erlebt haben. Denn die Parole: Business as usual — Geschäft wie immer — die der englische Minister Churchill am Anfang des Krieges ausgab, fand ihre Schranken an den viel höheren Opfern, die England für die Kriegführung zu bringen hatte und die große Masse seiner Arbeiter anstatt für das Exportgeschäft, für den Seeres- und Kriegslieferungsdienst in Anspruch nahm. An Wägen lassen es die Engländer schon jetzt nicht fehlen, die deutsche Konkurrenz auch in neutralen Ländern aus dem Felde zu schlagen. So gibt das „Berliner Tageblatt“ vom 11. August einen langen Fragebogen des englischen Generalkonsulats in Zürich wieder, den es an Vertreter deutscher Häuser sandte, um sie zu bewegen, ihre Vertretung mit dem Dienst für englische Firmen zu vertauschen.

Wird nach dem Kriege das freie Spiel der Kräfte in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt walten, dann braucht man nicht allzu besorgt um den deutschen Auslandsandel zu sein, zumal sich unsere Ausfuhr nach bisher wenig erschlossenen Ländern noch bedeutend steigern ließe. Bedenkt man, daß heute Chile 40 Mark auf den Kopf, Argentinien 50 Mark jährlich von uns kaufen, so sieht man die große Entwicklungsfähigkeit unserer Ausfuhr nach der Türkei, die für 5 Mark, und dem Balkan und einigen angrenzenden Ländern überhaupt, die für 7 Mark pro Kopf bei einer Bevölkerungszahl von etwa 46 Millionen von uns kaufen. Der Bau von Eisenbahnen in der Levante, womit der Anfang ja gemacht ist, wird Lieferungen von Bau- und rollendem Material bringen; die Anlage von künstlicher Bewässerung in Mesopotamien wird dieses Land ebenso fruchtbar machen, wie Ägypten, dessen Ein- sowie Ausfuhr in den letzten 20 Jahren eine gewaltige Entwicklung durchgemacht haben. — Natürlich sollen über den genannten je näher liegenden neutral gebliebenen Länder nicht vernachlässigt werden.

Anderes ist es allerdings, wenn durch einen für Deutschland unglücklichen Ausgang des Krieges hohe Zollmauern seinen Industrieerzeugnissen den Auslandsmarkt versperrten, dann könnten ja werden für die deutschen Arbeiter traurige Zeiten anrücken. Wobei für unser Gewerbe nicht nur der Ausfall des direkten Exports in Frage kommt, sondern auch der Ausfall von Lieferungen von Geschäftsbüchern, Musterkarten, Katalogen usw. für eingegangene oder doch wesentlich in ihrem Umsatz eingeschränkte Exportfirmen. Gleichgültig darf uns daher die Gestaltung des Auslandsmarktes auf keinen Fall sein.

Für unsere Krieger und ihre Angehörigen.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Sachsen und die sächsische Sozialdemokratie. Im Königreich Sachsen ist durch das Ministerium des Innern eine Stiftung „Heimatdank“ gegründet worden, die nach § 1 der Satzung den Zweck hat, die reichs-gesetzliche Versorgung der Kriegsinvaliden durch soziale Fürsorge zu ergänzen und bei der gleichen Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen als Organ der Rationalisierung mitzuwirken. Die Aufgaben dieser Organisation sollen nun die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen sein. Dazu gehört nicht nur die Unterstützung Bedürftiger über das hinaus, was Reich und Staat

direkt gewähren, sondern auch die Berufsberatung, die Arbeitsvermittlung usw. Die Mitarbeit in diesen Fragen haben unsere Gewerkschaften von der Reichsregierung sowohl als von den Einzelstaaten und Gemeinden gefordert. Auch die sächsische Regierung hat diese unsere Forderung anerkannt und ihr Rednung getragen, und unsere Gewerkschaftsinstanzen in Sachsen haben ihre Pflichten erfüllt, indem sie sich zur Mitarbeit bereit erklärten.

In diese ebenso schwere als bedeutame Arbeit versuchen jetzt der Landesvorstand und die Bezirksvorstände der sozialdemokratischen Partei in Sachsen vorzudringen. Sie haben in Sitzungen vom 19. resp. 31. Juli beschlossen*, den sozialdemokratischen Gemeindeverbänden zu empfehlen, Gemeindevorstände für den Verein „Heimatdank“ nicht zu bewilligen, sondern nur dort für die Vereinstellung von Gemeindevorständen einzutreten, wo die Fürsorgeeinrichtungen im Anschluß an Einrichtungen der Gemeinden oder Bezirksverbände, Krankenkassen, Versicherungsanstalten und paritätische Arbeitsnachweise getroffen werden und unter kommunaler Kontrolle stehen. Da in Sachsen nun diese Aufgaben dem „Heimatdank“ tatsächlich offiziell, oder wenn man so will, offiziös übertragen sind, bedeutet der Beschluß der genannten Vorstände, daß die Sozialdemokratie Sachsen sich außerhalb der Kriegsbeschädigtenfürsorge stellt und die Mittel verweigert, die im Interesse der Kriegsbeschädigten — dazu gehören unsere eigenen Mitglieder in großer Zahl — verwendet werden sollen und werden müssen.

Wenn die sächsische Sozialdemokratie ihre Mitwirkung sowohl wie die Bewilligung von Gemeindevorständen für diesen Zweck ablehnen will, so ist das ihre Sache, für die sie selbst die Verantwortung zu tragen hat. Aber der hier erwähnte Beschluß geht weiter. Er besagt auch:

„Tätigenden Genossen wird empfohlen, vor Unterstützung solcher Einrichtungen Rücksprache mit der sozialdemokratischen Partei Sachsens zu nehmen. Genossen, die weiter befehlen, die sie der Organisation verweigern, dürfen sich ohne Zustimmung der Partei auch als Privatleute nicht für derartige Einrichtungen engagieren.“

Damit greift der Beschluß in die Rechte der Gewerkschaften ein. Auch in Sachsen sind wohl die meisten Gewerkschaftsfunktionäre Sozialdemokraten und gehören der Partei als Mitglied an. Sofern sie Parteiamter zugleich bekleiden, dürfen sie sich nicht an der Kriegsbeschädigtenfürsorge beteiligen, die in Sachsen jetzt durchgeführt wird. Als Gewerkschafter aber haben sie die Verpflichtung, sich daran zu beteiligen. An dieser Verpflichtung darf und kann der Beschluß der sächsischen Parteivorstände nichts ändern, denn hier stehen ureigene Interessen der Gewerkschaften auf dem Spiele, in die die Partei in Sachsen sich nicht hineinmischen hat. Die Fragen der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung sind ausschließlich gewerkschaftliche Fragen und hier kann gar nicht einem Zweige der Partei das Recht zugestanden werden, die Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Interessen durch derartige Beschlüsse zu stören.

Etwas ähnliches haben sich unsere Kollegen durch solchen unverständigen Parteibeschluss ihre Mitarbeit beim „Heimatdank“ nicht verfehlen lassen, denn aus Dresden, Chemnitz und Leipzig (s. Versammlungsbericht) wird bereits das Gegenteil berichtet.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission und die „Holzarbeiter-Zeitung“ nahmen scharf gegen die sächsischen Prinzipalreiter in der Partei Stellung. Auch wir geben unseren Funktionären denselben Rat, den die „Holzarbeiter-Zeitung“ mit folgendem erteilt:

„Wir richten deshalb an unsere Funktionäre in den sächsischen Zahlstellen die ausdrückliche Aufforderung, im Sinne der vorstehenden Ausführungen jede Möglichkeit zu benutzen, Einfluss innerhalb der Einrichtungen, die für die Kriegsbeschädigtenfürsorge geschaffen sind, zu suchen und selbstverständlich dabei mitzuwirken, wo sich die Gelegenheit bietet. Wenn diese Tätigkeit in Sachsen zu neuen Konflikten in der Arbeiterbewegung führen sollte, so fällt die Verantwortung ausschließlich auf die dortige Parteilitung.“

Militärrenten und Ansprüche aus der Reichsversicherungsordnung.

K. Wie an dieser Stelle bereits wiederholt darauf hingewiesen wurde, bestehen die Ansprüche der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen an die Militärverwaltung selbständig neben den Ansprüchen aus der staatlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung. Leider werden in Tageszetteln trotz

*). Die Bezirksvorstände von Chemnitz und Zwickau haben den Beschluß abgelehnt.

der klaren Rechtslage von Leuten, die anscheinend wenig mit der Arbeiterversicherung zu tun haben, irreführende Mitteilungen gemacht, gegen die wir uns nachdrücklich wenden müssen.

So wird im „Berliner Tageblatt“ Nr. 404 vom 10. August von einem Rechtsanwalt freundlich-Berlin an die grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts, wonach die im Ausland erkrankten Kriegsteilnehmer Anspruch auf Krankengeld haben, die Bemerkung geknüpft:

„daß als Folge dieser Entscheidung sein dürfte, daß die Militärverwaltung das Recht hat, den Krankentafeln gegenüber Erfahnsprüche zu stellen oder bei Verzicht es dem Mitgliede überläßt, seine Ansprüche auf Krankengeld geltend zu machen.“

Diese müßige Schlussfolgerung ist jedoch ganz unzutreffend.

Die Ansprüche der verwundeten oder erkrankten Kriegsteilnehmer resultieren zum überwiegenden Teile aus der freiwilligen Weiterversicherung. Also auf Grund von Beitragsleistungen, die freiwillig und allein von ihnen gezahlt wurden. Schon hieraus ergibt sich das Aburde, der Militärverwaltung auf diese selbständig erworbenen Ansprüche ein Recht einzuräumen zu wollen. Man müßte ja sonst konsequenterweise derselben auch das Recht zugestehen, bei Ansprüchen der Kriegsteilnehmer aus einer Lebens- oder Unfallversicherung sich an dieser schadlos zu halten.

Auch das Reichsversicherungsamt hat sich auf eine diesbezügliche Anfrage — soweit es für diese Fragen zuständig ist — dahin ausgesprochen, daß zu den Schadenerschaftsprüchen im Sinne des § 1542 R.V.O., welcher diese Erfahnsprüche regelt, nur die zivilrechtlichen, gesetzlichen Entschädigungsansprüche, z. B. aus den §§ 823 ff., 618 Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches, aus dem Reichshaftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 und aus § 120a der Gewerbeordnung, nicht aber die auf öffentlichem Rechte beruhenden Ansprüche, namentlich auch nicht die Versorgungsansprüche gehören, die den Kriegsteilnehmern nach dem Mannschafts-Versorgungsgesetz und ihren Hinterbliebenen nach dem Militärhinterbliebenengesetz zustehen.

Durch diese Auskunft wird also unsere Auffassung durchaus unterfützt, daß die eventuellen Ansprüche aus den verschiedenen Zweigen der Arbeiterversicherung selbständig neben denen an die Militärverwaltung bestehen und nicht aufgerechnet werden dürfen.

Freie Eisenbahnfahrt für Urlauber.

Wie amtlich bekanntgemacht wird, hat das Reichsstatthalter nunmehr dem vom Reichstag gefassten diesbezüglichen Beschluß zugestimmt und für die Dauer des Krieges allen im Felde stehenden Mannschaften bei jeder Art Urlaub freie Eisenbahnfahrt in die Heimat bewilligt. Es hat etwas lange gedauert, bis dieser Beschluß herauskam, aber er wird trotzdem allen unseren Kriegern sehr willkommen sein, weil wenigstens für die Folge bei einem Antrag auf Heimaturlaub nicht erst die lange Frage aufgeworfen zu werden braucht, ob auch das Geld für die Fahrt ausreicht.

Eine Frage!

Leider selbst in dieser Stunde
Müht gewisser Schweinhunde
Kalte Niederträchtigkeit,
Die sich ihre Niemen schneiden
Aus dem Hunger und den Leiden
Und der Not der harten Zeit!

Draußen hält millionenfache
Schwere Schwielenfaust die Wache
Für die Lieben und das Land —
Drinnen kräftet um Brot und Mehle,
Um des Volkes mag're Kneble
Sich des Wuchers freche Hand!

Draußen schützen die Soldaten
Ihrer Heimat Vieh und Saat
Vor dem räuberischen Schwert —
Drinnen werden ihre Weiber
Durch die Lebensmittelreiter
Ausgeraubt am eignen Herd!

Eine Frage in die Runde:
Wie lang darf noch dieser Hund
Kalte Niederträchtigkeit,
Aber habgier Niemen schneiden
Aus dem Hunger und den Leiden
Und der Not der harten Zeit?

A. De Nora i. d. „Jugend“.

Verhinderung des Kampfes gegen den Lebensmittelwucher.

Bedauerlicherweise werden von manchen Behörden dem durchaus berechtigten Kampfe gegen den Lebensmittelwucher große Schwierigkeiten bereitet. So auch von der königlichen Polizeidirektion zu Dresden dem tapferen und äußerst rührigen „Kriegsausflug für Konsumenteninteressen“, dem dadurch eine öffentliche Versammlung unmöglich gemacht wurde.

Selbst der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, dem Organ des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappvereine Westdeutschlands, passierte es, daß ein großer weißer Fled ihre Nummer vom 14. August verunglückte, was wahrscheinlich die Zensur verschuldete. Wir fühlen uns mit der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ in ihrem Kampfe gegen den Lebensmittelwucher durchaus in Übereinstimmung und halten dies Kampfgebiet für ein solches, auf dem sich die verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung einträchtig zusammenfinden können. Wir unterstreichen nachdrücklich das, wenn sie schreibt:

„In der Tat: Wir glauben, daß es weder Sinn noch Zweck, irgendwie verheimlichen zu wollen, was unangehörig ist, was unniemlich die Lebenslage... erschwert, was anders sein kann. Im Gegenteil: Eine offene frische Sprache, wie sie beispielsweise aus der letzten Bundestatsverordnung gegen den Lebensmittelwucher spricht, aus den Verfügungen einer ganzen Reihe von Generalmandats und dem Vorgehen weislicher Stadtverwaltungen, das ist der richtige Weg. Wo kämen wir hin, wenn das gläubige Vertrauen auf Staatsregierung und Behörden durch eine unkluge Vertuschungspolitik leiden würde? Den Kopf in den Sand stecken, war allezeit Politik mit ungenügenden Mitteln gewesen und wird es bleiben.“

Aus unierem Beruf.

Streit um die Tariflöhne für Militärlebensausstattung.

Gegen die Firma Stella-Verlag, die in ihrem Buchbindereibetriebe während des Kriegs Tornister anfertigen läßt, klagten bei der Kammer 2 des Gewerbegerichts fünf Arbeiterinnen wegen Nachzahlung der Differenz zwischen den von der Firma gezahlten Löhnen und den im Reichstarif für Militärlebensausstattung festgelegten Lohnsätzen. Die Klägerinnen verlangen Nachzahlung vom 1. März, dem Tage des Inkrafttretens des Tarifs, ab. Ein Vertreter des Buchbinderverbandes, der wegen dieser Angelegenheit mit dem Geschäftsführer der beklagten Firma verhandelt hat, versicherte vor Gericht, ihm gegenüber habe der Geschäftsführer versprochen, die Differenz vom 1. März ab nachzahlen. Ebenso bestimmt behauptete dagegen der Geschäftsführer, er habe Nachzahlung nur vom 1. April ab versprochen. An diesem Tage sei die Firma dem Tarifvertrage erst beigetreten. Für die vor dem 1. April liegende Zeit erlasse sie eine Verpflichtung zur Zahlung der Tariflöhne nicht an. — Die Klägerinnen vertreten den Standpunkt, die Löhne müßten vom Tage des Inkrafttretens des Tarifs nachgezahlt werden. Das liege im Wesen des Tarifs und sei auch von der Schlichtungskommission so entschieden worden. — Der Vertreter der beklagten Firma erklärte sich zur Nachzahlung vom 1. April ab bereit und lehnte die weitergehenden Forderungen der Klägerinnen ab.

Nach der Beratung des Gerichts riet der Vorsitzende, Justizrat Markus, sich mit dem Vorschlage der Beklagten einverstanden zu erklären. Die Kammer siehe auf dem Standpunkt, daß der Tarif nur für diejenigen bindend sei, die den vertragsschließenden Parteien angehören. Da die Beklagte am 1. April der einen Tarifpartei beigetreten sei, könne der Tarif für sie erst von diesem Tage ab gelten. Rückwirkende Kraft habe der Tarif nicht. Solange die Beklagte außerhalb des Tarifs stand, habe sie andere Vereinbarungen mit ihren Arbeitern treffen dürfen. Es würde nur darauf ankommen, ob die Beklagte versprochen habe, die Differenz vom 1. März ab nachzahlen. In dieser Hinsicht lasse sich nichts feststellen, da sich die Angaben der Zeugen gegeneinander widersprechen.

Darauf verglichen sich die Parteien dahin, daß sich die Klägerinnen mit der Nachzahlung vom 1. April ab begnügen. Ihre Sprecherin erklärte, sie werde sich wegen der weiteren Differenz an die Kreisverwaltung wenden.

Dieser Fall mahnt zur besonderen Warnung und zur Auffklärung der Kolleginnen. Denn die im Stella-Verlag Beschäftigten hatten bei ihrer Entlassung leider ein Schriftstück unterschrieben, das besagte: „Ansprüche irgendwelcher Art habe ich nicht mehr“, trotzdem ihnen anstatt des Tariflohnes von

rund 30 Pf. nur Stundenlöhne von 24 und 26 Pf. gezahlt worden waren. Hätten sich die Kolleginnen vor dem Unterschreiben an die Organisationsvertreter gewandt, so würden sie vor Schaden bewahrt worden sein. Daher sei ihnen immer wieder zugerufen: Wahrt eure Rechte durch Beitritt zum Verband und halt bei ihm auch Rat in allen gewerblichen Angelegenheiten!

Neues Verfahren zur Herstellung von Druckpapier.

Nach langjährigen Versuchen ist es jetzt gelungen, ein neues Verfahren zur Herstellung von Druckpapier zu finden. Wie bekannt, erfolgt die Herstellung von Druckpapier durch Verarbeitung von Zellstoff, dem ein gewisser Prozentsatz Zellulose hinzugefügt wird. Jetzt wird das Papier ohne diesen Zusatz von Zellulose hergestellt werden können. Dadurch werden die Preise bedeutend verbilligt werden und Deutschland wird vom Auslande unabhängiger werden. Die umfangreichen Versuche in einer Papierfabrik in Petersdorf haben ergeben, daß die Verdickungsfähigkeit besser als bei dem bisherigen Papier ist. Die Fabrik will jetzt zur Herstellung in großem Umfang übergehen. („Berl. Tagebl.“)

Internationales.

Die Kriegstagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat auf die ausländischen Besucher aus den Metallarbeiterverbänden der neutralen Länder einen starken Eindruck gemacht. So schreibt der dänische Abgeordnete Nielsen, der Leiter des sozialdemokratischen Pressebureaus in Kopenhagen, über die Berliner Tagung:

„Dieser Kongreß ist ein neues Zeugnis von der fast märchenhaften Kraft Deutschlands. Elf Monate lang hat nun der Krieg gedauert, und die Hälfte der Mitglieder dieses Verbandes befindet sich unter den Fahnen, aber diese Tatsache stört nicht im mindesten die Tätigkeit dieser Organisation. Sie geht ihren bestimmten Gang, und da die Zeit gekommen ist, in der der Kongreß gewöhnlich abgehalten wurde, so wird eben auch dieser wieder abgehalten. Diese unverrückbare Ruhe ist echt deutsch und ein sicherer Beweis dafür, daß der Glaube des deutschen Volkes an seine eigene Kraft in diesem Augenblick, wo die Feinde von allen Seiten nach den Grenzen des Reiches hervorbrechen, groß sein muß.“

Nielsen macht dann noch einige allgemeine Bemerkungen über den Geist der deutschen Arbeiterbewegung, die nicht unwichtig sind:

„Die guten Leute, welche bei uns nun wieder versuchen, den alten Haß gegen das deutsche Volk zu erwecken, kennen nicht die Verhältnisse, welche in unserer Zeit zwischen den Arbeitern Deutschlands und denen der anderen Länder bestehen. Sie sollten hingehen auf die Arbeitsplätze und in die Fabriken und mit den Arbeitern sprechen, die sich in der Welt umgesehen haben, und sie würden dann hören, daß sie so ziemlich alle durch Deutschland gewandert sind. Und alle werden sie bezeugen, daß unsere jungen Arbeiter, die in die weite Welt zogen, um etwas zu lernen, gerade in Deutschland das größte Entgegenkommen fanden. Dort konnten sie Arbeit suchen, wo sie wollten, und wenn sie sich ihren Organisationen angeschlossen, die ihnen überall offen standen, dann waren sie sofort gute Kameraden mit den Söhnen des großen Landes. Wohlwollend öffnete Deutschland seine Fabriken — und besonders seine mechanischen Werkstätten — nicht allein den dänischen, sondern auch den schwedischen und norwegischen Arbeitern. Alle waren willkommen, selbst in Zeiten herrschender Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern. Ein solches Entgegenkommen fanden die nordischen Arbeiter nicht in den anderen Ländern, und am allerwenigsten in England.“

Zum Vergleich hiermit wollen wir eine Begebenheit, die sich kürzlich innerhalb der englischen Gewerkschaften zugetragen hat, hier anführen. Mehrere Abteilungen des Formerverbandes hatten die Frage der Stellung der belgischen Formner in England unter dem Kriege zum Anlaß einer Untersuchung gemacht und folgende Fragen an die Verbandsleitung gestellt: 1. Können die belgischen Formner Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten? 2. Können sie Mitglieder unserer Organisation werden? 3. Was soll mit jenen geschehen, die bereits in Arbeit getreten sind? Der Hauptvorstand des englischen Formerverbandes antwortete hierzu: „Solange noch einzelne von unseren Mitgliedern arbeitslos sind, können belgische Formner keine Erlaubnis erhalten, in unseren Werkstätten zu arbeiten. Sollte die Zeit kommen, wo wir außerstande sind, der Nachfrage nach Formnern zu entsprechen, können wir darauf eingehen, daß die Belgier Arbeit unter der

Bedingung erhalten, daß die Unternehmer versprechen, im Falle Entlassungen vorgenommen werden müssen, dann die belgischen Formner zuerst an die Reihe kommen. Die belgischen Formner, welche in Arbeit treten, haben die Beiträge der Klasse-A-Mitglieder zu zahlen, ohne jedoch bezugsberechtigte Mitglieder unserer Organisation zu werden.“ Im Gegensatz hierzu haben die deutschen Arbeiter durch Jahre hindurch zugesagt ihr Brot mit jedem Klassengenossen geteilt, der vom Ausland in ihr Land kam, und sie haben dadurch keinen Schaden erlitten. Die deutschen Gewerkschaften sind mit Riesenschritten gewachsen und die Löhne der Arbeiter gestiegen.

Das ist dieses wirksame Land des Fortschrittes, von dem die Arbeiterklasse in der Zukunft noch große Dinge zu erwarten hat.“

„Soziale Praxis“.

Korrespondenzen.

Leipzig. Am 13. August hielt die Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung im „Pantheon“ ab, die sich unter Berücksichtigung der derzeitigen Verhältnisse eines guten Besudes erfreute. (Es waren gegen 350 Mitglieder anwesend.) Eine monatlang in Feldlazaretten auf dem westlichen Kriegsschauplatz tätig gewesene Krankenschwester (Genossin Lydia Auehand) hielt einen außerordentlich interessanten Vortrag über ihre dortigen Erfahrungen. Die Rednerin verstand es in vorzüglicher Weise, während voller 1½ Stunden die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu fesseln und fand dafür am Schluß ihrer Ausführungen fürmischen Beifall.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete der Bevollmächtigte Kollege Wienide den Geschäftsbericht. Danach hatte die Zahlstelle auch im vergangenen Quartal wiederum eine nicht unbedeutende Einbuße des Mitgliederbestandes zu verzeichnen. Neben den 104 zum Seeresdienst eingezogenen Kollegen gingen 62 männliche und 141 weibliche Mitglieder der Zahlstelle verloren. Der Redner meinte, daß diese Verluste allerdings nicht dadurch entstanden seien, daß etwa all diese Mitglieder ihren Austritt aus der Organisation erklärt hätten, sondern sie seien darauf zurückzuführen, daß noch immer mehr und mehr Berufsangehöriger wegen Mangels an Beschäftigung aus dem Beruf gedrängt würden. Alle diese bisherigen Mitglieder veräumten es, während des Quartals ihre Mitgliedsbücher abstempeln zu lassen, so daß dieselben, weil in solchen Fällen kein Uebertrag auf der Kartothek vorhanden sei, gestrichen werden müßten. Wienide geteilte in scharfen Worten das nachlässige Verhalten derjenigen Berufsangehörigen, und bittet die Anwesenden, vereint mit der Organisationsleitung dafür zu sorgen, daß ein weiterer Mitgliederverlust verhindert werde. Der Kassenericht, den der Kollege Waltherr erstattete, zeigte ein erfreulicheres Bild. Danach gelang es trotz der überaus miffligen Verhältnisse weiter Kreise unserer Mitglieder, und trotz des Anstehens, daß die Zahl der Arbeitslosen noch immer eine gewaltige ist, wenigstens soweit die Kolleginnen in Frage kommen, das Kassenermögen nicht unbedeutend zu erhöhen. Die derzeitigen Arbeitgeber betragen in der Lokalkasse 101.655,— M. und im Fachverein 41.610,14 M. Insgesamt demnach 143.265,14 M.

Unter dem dritten Punkt der Tagesordnung fragte der Kollege Steube an, welche Stellung die Ortsverwaltung einnehme zu dem neugegründeten Verein „Heimatbank“. Wienide berichtete, daß die Ortsverwaltung beifollos habe, ihre Mitgliedschaft bei dem Verein „Heimatbank“ anzumelden. Eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftskartelle Sachsens sowohl als auch das Gewerkschaftskartell Leipzig selbst haben sich dafür ausgesprochen, daß die Pflicht der Gewerkschaften sei, sich an dieser Vereinigung zu beteiligen, und deshalb habe die Ortsverwaltung geglaubt, nicht beiseite stehen zu dürfen. Es sei zwar sehr bedauerlich, daß die politischen Vertreter der Arbeiter im Stadtparlament die geforderten Mittel verweigert hätten, und auch die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“ in dieser Frage sei unverständlich. Dessenungeachtet wäre es die Pflicht der Gewerkschaftsorganisationen, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen und die Mitarbeit an einer so überaus wichtigen Sache nicht zu verweigern. Es handele sich nicht darum, daß der Verein „Heimatbank“ die Pflichten des Staates zu übernehmen gedenke, sondern der Zweck des Vereins sei, die Kriegsverletzten soweit es irgend möglich sei, wieder arbeitsfähig zu machen, dazu aber bedürfe es der Mitarbeit aller Stände, auch der Arbeiter. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden. Zum Schluß wünschte der Kollege Steube, es möge dafür Sorge getragen werden, daß Versammlungsberichte, auch der heutige, wieder Aufnahme in unserem Fachorgan finden. Dem wird allseitig, auch von der Organisationsleitung, zugestimmt.

Rundschau.

A. C. Wochenschau. Das Zurückfluten der russischen Armeen unter ständiger Bedrängung ihrer Verfolger, die Einigung des Kaimes, auf dem sich die Massen der Weichenden zurückbewegen können, bildet den wesentlichsten Inhalt der 54. Kriegswoche. Die russische Dampfwalze bewegt sich in der Richtung auf das eigene Land. Alle solchen Reden in der Reichsbüchse können an diesen weittragenden Erfolgen der deutschen und österreichischen Waffen nichts ändern. Die Stimmung in England und Frankreich ist durch diese nicht mehr zu leugnende Wendung auf einen zunehmenden Pessimismus eingestellt und die innere Einigkeit des Vierverbandes wird allmählich bedroht. In Rußland ist man enttäuscht, daß im Westen kein Vorstoß zur Ablenkung der deutschen Truppen unternommen wurde, in Frankreich fängt man an, die eigensüchtige Rolle der Engländer zu begreifen, in England ist die Hoffnung auf Rußlands Millionenherrschaft geschwunden und auch von den Italienern ist keine entscheidende Hilfe zu erlangen. So sind für den Vierverband die augenblicklichen Aussichten recht wenig verlockend. Aber deswegen ist doch noch lange nicht der Moment da, in dem die Gegner das Spiel verloren geben würden. Gerade England bietet seine ganze Kraft auf, um seine Ueberlegenheit den andern Partnern gegenüber zur Fortsetzung des Krieges geltend zu machen, und wir dürfen die Erfolge in Polen zwar als einen großen Schritt zum Frieden anerkennen, aber wir dürfen in dem Kampfe gegen unsere Widersacher noch nicht befreit aufatmen, als ob wir nun schon am Abschluß des großen Wertes ständen. Unsere Feldgrauen erfüllen nach wie vor ihre Pflicht in bewundernswürdiger Weise, auch wir zu Hause müssen in Ruhe der Schwierigkeiten Herr zu werden suchen, die ein Krieg nun einmal mit sich bringt. Den größten Raum nehmen ja immer noch die Bemühungen ein, die man zur Bekämpfung des Lebensmittelmittelwucherers macht. Es kommt nun doch so, wie wir es schon immer vorausgelagt haben. Immer mehr Kommunen gehen dazu über, den Verkauf von Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zu organisieren. Selbstverständlich hat auch hier ein zu plötzliches gleichzeitiges Vorgehen zahlreicher Gemeinden keine großen Schattenseiten, die zunächst nicht zu einer Erniedrigung, sondern zu einer weiteren Steigerung der Preise führen müßten. Vor allem müßte der Staat mit der Beschlagnahme aller notwendigen Lebensmittel und der Festsetzung von Höchstpreisen eingreifen, das ist allein ein durchgreifendes Mittel, um dem Lebensmittelwucher zu steuern.

Große Steuerhinterziehungen. Bald nach Kriegsbeginn wurde die Kellner-Bartington Paper Pulp Co. Limited, die in Hallein eine Zellulose- und Papierfabrik und in Seebach bei Wilkau eine Zellulosefabrik betreibt, als englisches Unternehmen unter Staatsaufsicht unterstellt. Dadurch ist man auf durch Jahre laufende Hinterziehungen der Erwerbsteuer gekommen. Von der Höhe der Verheimlichung kann man sich ein Bild machen, wenn man hört, daß für die Stadt Hallein von dem Zelluloseunternehmen 700 000 bis 800 000 Kronen als Gemeindeumlage-Nachzahlung abfallen dürften. Der Salzburger Landesrat kommt dabei ebenfalls zu einer unvermuteten Einnahme von rund 400 000 Kronen. Die Beträge wären weit höher gewesen, wenn nicht der Direktor, als er bemerkte, daß man auf die Verheimlichung kommen müsse, eine Selbstanzeige erstattet hätte, um dadurch der höheren Gefälligstrafe zu entgehen.

Unsere Verwaltungen

machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß sie an die im Felde stehenden Mitglieder unsere „Buchbinder-Zeitung“ senden, sofern ihnen die genaue Adresse derselben bekannt ist. Feldpostbriefe bis zu 50 Gramm Gewicht werden frei befördert!

Auch unserer verwundeten in deutschen Lazaretten liegenden Kollegen müssen wir gedenken. Es hält aber schwer, deren Adressen zu erhalten. Wer eine solche Adresse kennt, sollte den Bevollmächtigten oder den Verbandsmann benachrichtigen, in dessen Tätigkeitsgebiet das Lazarett liegt. Ein Besuch bei unseren verwundeten Kollegen ist ein Beweis bester Kollegialität, der den an das Krankenbett Gefesselten sicherlich sehr erfreuen wird. Die Dabeingebliebenen müssen alles tun, um deren Leiden zu mildern. Wer die Adresse eines Verwundeten kennt, gebe diese sofort weiter.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter.
K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstützungsauszahler).
Gau 11 und 13. B und K: R. Gimsche, Frankfurt a. M., Offenbacher Landstr. 130.

Anzeigen

Stuisarbeiter

auf West- und Schmucktücheln gut eingearbeitet, sofort gesucht. **Stuisfabrik Lüdenscheid** i. Westf., Königsstr. 8.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Ehren- Tafel

für unsere im Kampf fürs Vaterland
gefallenen Kollegen.

Am 14. Juni fiel in einem Gefecht bei Wola-Sarnowska unser Kollege

Karl Meiswinkel

geb. am 2. Dezember 1885 in Krefeld, eingetreten in unsern Verband und zuletzt Mitglied ebenfalls in Krefeld.

Am 4. August fiel bei Mauriffon Grand im Argonnerwald unser Kollege

Oskar Krauß

geb. am 24. April 1884 in Kottleben, eingetreten in den Verband am 2. März 1906 und zuletzt Mitglied in Hannover.

Am 16. Juli verstarb im Feldlazarett infolge einer bei Pragnitz erlittenen schweren Verwundung unser Kollege

Albert Hirzel

geb. am 23. Dezember 1892 in Stuttgart, eingetreten in unsern Verband am 13. Mai 1911 und zuletzt Mitglied ebenfalls in Stuttgart.

Am 20. Juli fiel bei einem Sturmangriff vor Warschau unser Kollege

Martin Sundheim

geb. am 28. Juli 1893 in Kassel, eingetreten am 8. Dezember 1910 und zuletzt Mitglied ebenfalls in Kassel.

Am 23. Februar fiel in den Karpathen unser Kollege

Hans Ebert

geb. am 8. November 1894 in Benzberg, eingetreten in den Verband am 4. Mai 1902 in Gau 7, zuletzt Mitglied in Braunschweig.

In den Kämpfen in Galizien fiel Anfang Juni unser Kollege

Fritz feuhert

geb. 26. Dezember 1894 in Weimar, eingetreten am 22. Juni 1912 in Weimar, zuletzt Mitglied in Gau 8.

Am 24. Juli fiel in den Kämpfen bei Kultusf in Rußisch-Polen unser Kollege

Eduard Alef

geb. am 8. Juni 1890, eingetreten in unsern Verband am 13. September 1908 in Köln, zuletzt Mitglied ebenfalls in Köln.

Am 3. Juli fiel im Kampfe bei Tarzyniech in Rußland unser Kollege

August Bautzer

geb. am 9. Juni 1873 in Wilmersdorf, eingetreten am 15. November 1901, zuletzt Mitglied in Lützenwalde.

Berichtigung.

Der in Nummer 24 als gefallene gemeldete Kollege Otto Krahnert war nicht zuletzt Mitglied in Gera, sondern in Erfurt.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden
Deutschlands
ein ehrendes Andenken!

Zahlstelle Berlin

Freitag, den 27. August 1915, abends 8 Uhr, im Saal 1
des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1915.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich 1/29 Uhr eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.